



Schweizer Bildungstag  
Journée Suisse de l'Éducation

## 2. Schweizer Bildungstag

---

6. September 2013 im Kursaal Bern



### Bildung & Wirtschaft im Dialog

Thesen der Schweizer Lehrpersonenverbände LCH und SER

 **LCH**  
Dachverband  
Schweizer  
Lehrerinnen  
und Lehrer

**SYNDICAT DES  
ENSEIGNANTS  
ROMANDS** 

# Inhaltsverzeichnis

<b>Situationsanalyse und Herausforderungen</b>	<b>3</b>
<b>Thesen zur Diskussion</b>	<b>4</b>
<b>Fragestellung 1: Employés oder Citoyens?</b>	<b>5</b>
Situation	6
Thesen zur Diskussion	7
<b>Fragestellung 2: Die Schule als Reparatur- oder Produktionswerkstatt?</b>	<b>8</b>
Situation	9
Thesen zur Diskussion	10
Anhang	11
<b>Fragestellung 3: Karrieren im Beruf oder im Sozialamt?</b>	<b>13</b>
Situation	14
Thesen zur Diskussion	15
<b>Fragestellung 4: Frühe Bildung oder spätere Einzelförderung?</b>	<b>16</b>
Situation	17
Thesen zur Diskussion	18
<b>Fragestellung 5: Staat oder Privat?</b>	<b>19</b>
Situation	20
Thesen zur Diskussion	22
<b>Impressum</b>	<b>23</b>

# Situationsanalyse und Herausforderungen

## **Im Bildungswesen sind unterschiedliche Akteure aktiv**

Bildung und Wirtschaft sind zwei interagierende Bereiche desselben gesellschaftlichen Systems.

Lehrpersonen, Schulleitungen, Bildungsfachleute und Bildungspolitik haben als Akteure einen umfassenden gesellschaftlichen Bildungsauftrag zu erfüllen, der auch auf das Berufsleben vorbereitet.

Die Akteure in der Wirtschaft engagieren sich speziell im Bereich der berufsrelevanten Bildung und erwarten arbeitsmarktfähige Schulabgänger, damit sie ihren ökonomischen Auftrag erfüllen können.

## **Zentrale Interessen von Gesellschaft und Wirtschaft decken sich**

Wirtschaft und Gesellschaft erwarten ein qualitativ hochstehendes Bildungsniveau und praxisbezogene Abschlüsse, die auch am Arbeitsmarkt gefragt sind. Ein gutes Bildungsniveau stärkt die gesamte Gesellschaft und sichert Stärke im wirtschaftlichen Wettbewerb.

## **Die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft funktioniert pragmatisch**

Zusammenarbeitsfelder von Bildung und Wirtschaft sind etabliert an den Übergängen von den Schulen in die Berufswelt, bei der Festlegung von Lehrplänen, der Produktion von Lehrmitteln, der Implementation von ICT an Schulen, der Kooperation zwischen Berufsschulen und Lehrbetrieben oder bei Forschungsprojekten. Sie bilden eine stabile Grundlage für eine Auseinandersetzung mit weiteren Herausforderungen.

## **Interessenskonflikte zwischen Bildung und Wirtschaft sind anzuerkennen**

Die Akteure aus Schule und Wirtschaft stehen in einer gegenseitigen Abhängigkeit aber auch in Interessenskonflikten. Wenn Unternehmen Steuern optimieren fehlt das Geld für die öffentliche Bildung und die schulergänzende oder frühe Bildung und Betreuung. Im Bereich Prävention (u.a. Ernährung, Schulden) kollidieren Interessen der Wirtschaftsfreiheit mit dem Auftrag der Schulen, für das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu sorgen. Umfassende Bildung ist kostenintensiver als eine für wirtschaftliche Bedürfnisse optimierte Ausbildung zur kurzfristig gedachten Employability.

## **Einige Modelle des Wirtschaftens erschweren den Erziehungsauftrag des Bildungswesens**

Die Verfassung verpflichtet die Volksschule auf die Demokratie als Staatsform und auf die Werte der sozialen Gerechtigkeit. Das Prinzip der Chancengleichheit als Errungenschaft des 19. Jahrhunderts ist eng an das Leistungsprinzip gekoppelt: Nicht Privilegien der Herkunft, sondern die persönlich erbrachte Leistung als Frucht von Anstrengung, Wissen und Können soll sich auszahlen. Von diesem Prinzip lebt auch schulische Bildung und Erziehung.

Wenn nun aber in der öffentlichen Wahrnehmung Teile der Wirtschaft bzw. einzelne ihrer Leitfiguren das Leistungsprinzip durch Börsenspiele ersetzen, den Wettbewerb durch geschlossene Selbstbedienungszirkel ausschalten, die leistungsgerechte Entlohnung durch Boni-Exzesse ad absurdum führen und rechtsstaatliche Regeln durch

Umgehungstricks unterlaufen, wird es für die Lehrerschaft zum Problem, eine glaubwürdige Leistungsethik durchzusetzen.

### **Die kommenden Herausforderungen sollten von Bildung und Wirtschaft im Dialog gelöst werden**

Schulen haben in den letzten Jahren zunehmend Reparaturaufträge übernommen. Dies schmälert die Zeit für andere Bildungsinhalte. Weitere Herausforderungen im Bildungssystem sind die sehr unterschiedlichen Vorstellungen zur Maturitätsquote, die finanzielle und internationale Gleichstellung für die Tertiär B-Ausbildungen, die unklare Finanzierung der frühen Bildung und der schulergänzenden Betreuung, die zu hohe Zahl an Jugendlichen ohne Berufsausbildung oder der schwindende Konsens zum

Auftrag der staatlichen Volksschule. Es stellen sich dazu ganz grundlegende Fragen: Welche Schule wird von der Wirtschaft in Zukunft noch mitgetragen und über Steuern mitfinanziert? Wie können die Anliegen der unterschiedlichen Akteure zum Nutzen unserer Gesamtgesellschaft möglichst gut aufeinander abgestimmt werden?

Der Schweizer Bildungstag bietet eine Plattform für den notwendigen Dialog.

## **Thesen zur Diskussion**

Als Grundlage für eine angeregte Diskussion werden zu fünf Themen detailliertere Fragestellungen formuliert, die jeweils mit einer Situationsanalyse, Begründungen sowie mehreren Forderungen präsentiert werden.



## Fragestellung 1: Employés oder Citoyens?

### Was soll die Schule erreichen: Ausbildung in Grundfertigkeiten für die Arbeitswelt oder umfassende Bildung für gesellschaftsfähige Menschen?

Was ist das Ziel von Volksschule und Berufsausbildung? Immer häufiger fordern unterschiedlichste Interessengruppen eine stärkere Berücksichtigung „ihrer“ Themen, Inhalte oder Fachbereiche in der Schule.

Dabei werden kognitive Inhalte stärker gewichtet. Es findet ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten von gestalterisch-musischen aber auch sozialen Lerninhalten statt. Wie kann die öffentliche Schule den offensichtlichen Spagat zwischen dem Anspruch der Wirtschaft („employability“) und den Ansprüchen von Individuum, Eltern und Gesellschaft (umfassende Bildung, Förderung aller Fähigkeiten, Soziales Lernen etc.) schaffen?





## Situation

Die Balance von Kopf, Herz und Hand geht an den Schulen zunehmend verloren. Parteien und Wirtschaftsvertreter bemängeln immer wieder, dass die öffentliche Schule grundlegende Fähigkeiten wie Rechtschreibung und Kopfrechnen zu wenig vermittelt. Laut ist der Ruf nach einem Ausbau der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer oder nach ICT-Kompetenzen. Das HarmoS-Konkordat fordert neu zwei Fremdsprachen ab der Primarschule.

Dieser Ausbau muss mit einem zeitlichen Abbau anderer Themen kompensiert werden. Gekürzt werden primär musische und gestalterische Fächer oder auch der Hauswirtschaftsunterricht, in welchem viel Alltagswissen vermittelt, aber auch zentrale Präventionsarbeit geleistet wird. Es entsteht ein Zielkonflikt.

Die Bildungsforschung hat Pestalozzis alte Weisheit bisher regelmässig bestätigt: Kognitive und sprachliche Entwicklung braucht reichhaltige sensomotorische und soziale Erfahrungen. Zu einer „ausreichenden Grundschulbildung“ (BV Art. 62, Abs.2) gehört also auch eine breite Mischung von motorischen, emotionalen und sozialen Angeboten. Neben einer Befähigung für die

Arbeitswelt beinhaltet der gesellschaftliche Auftrag auch eine umfassende Unterstützung für ein sinnvolles und erfüllendes persönliches Leben und für die verantwortliche Mitwirkung in der Gesellschaft. Oder wie schon Montaigne sagte: „Mieux vaut tête bien faite que tête bien pleine“. Es gibt übrigens auch Äusserungen der Wirtschaft, die mehr Innovationsfähigkeit, Bereitschaft zum raschen Wandel, Kreativität, Erfindungsgeist und Teamfähigkeit verlangen. Der Zielkonflikt besteht nicht einfach zwischen Schule und Wirtschaft, sondern auch innerhalb der Wirtschaft. So möchte die Schweiz zum Beispiel auch weiterhin einen Spitzenplatz in Gestaltung und Design belegen.



# Thesen zur Diskussion

## **1. Die Schule hat bis zum 18. Lebensjahr einen umfassenden Bildungsauftrag**

Die Wirtschaft anerkennt, dass die Schule einen umfassenden Bildungsauftrag für alle Kinder und Jugendlichen zu erfüllen hat. Die Lehrpläne, die Überprüfung der erworbenen Kompetenzen und die Bereitstellung der Ressourcen sind deshalb darauf angelegt, dass die umfassende Bildung des einzelnen Kindes in allen seinen Fähigkeiten gewährleistet ist.

## **2. Die Schule bereitet auf das Arbeitsleben vor**

Die Schule anerkennt, dass die Vorbereitung auf eine erfolgreiche berufliche Laufbahn eine zentrale Aufgabe der Schule darstellt. Die grundlegenden Mindestexpectationen im Lehrplan sind alle auch berufsrelevant, im Verlauf der obligatorischen Schulzeit nimmt die Berufsfindung an Bedeutung zu. Die Schule schafft Gelegenheiten zur Erforschung der eigenen Neigungen und Talente, zur realistischen Selbsteinschätzung und zur Lernsteuerung auf Berufsziele hin.

## **3. Die Volksschule ist mehr als ein Trainingszentrum oder ein Warenhaus**

Es gibt Tendenzen, die Schulen auf ein Onlineportal für testbare Grundkompetenzen in Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften zu reduzieren. Ergänzungsleistungen sollen privat finanziert werden. Die Schule ist jedoch auch täglicher Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Sie leistet einen nicht zu ersetzenden Beitrag für eine gelingende Integration aller Schülerinnen und Schüler in eine auch zukünftig funktionierende Gesellschaft.



## Fragestellung 2: Die Schule als Reparatur- oder Produktionswerkstatt?

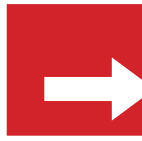
### Was zählt mehr: Wirtschaftsfreiheit oder Schutz der Kinder und Jugendlichen?

Kinder und Jugendliche sind ökonomisch attraktive Zielgruppen. Wie können bestehende Widersprüche zwischen Marktinteressen der Wirtschaft und dem Bildungsauftrag der Schule im Hinblick auf erzieherische und

präventive Aufgaben vermieden werden? Will man die Schule mit Prävention beschäftigen oder unsere Kinder und Jugendlichen besser schützen? Wie lässt sich Wirtschaftsfreiheit und Marktverhalten von Unternehmen regeln, damit Kinder sich genug bewegen und draussen spielen können, sich gesund ernähren und vor Suchtsubstanzen, Gewaltdarstellungen oder Schulden genügend schützen können?







## Situation

Die Eltern, die Schule und die weiteren „Miterzieher“ in der Gesellschaft und der Wirtschaft ziehen nicht immer am selben Strick, wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht. Tabak- und Alkoholwerbung sowie gewaltverherrlichende Spiele und Videos sind mittlerweile im Sinne des Jugendschutzes eingedämmt. Ein neues unfreiwilliges Aktivitätsfeld für die Schulen ist die Aufklärung im Hinblick auf auflaufende Schulden durch unbezahlte Handyrechnungen ihrer Schüler. Besonders stossend ist die Situation bei Süßigkeiten, animierenden Getränken und salzigen Snacks. Sie haben einen direkt negativen Einfluss auf das Lernvermögen, die Konzentrations- und Bewegungsfähigkeit sowie die gesamte Gesundheit. Zum Schulanfang lancierte 2012 eine sonst durchaus gesundheitsbewusste Schweizer Supermarktkette eine fettige und überzuckerte „Schüler-Combo“ zum Aktionspreis. Mit über 40% Zucker versetzte Frühstücksflocken oder stark zuckerhaltige Milchprodukte sind das krank machende Angebot schon beim Frühstück. 40% der Werbespots im Umfeld von Kindersendungen werben für Lebensmittel, die als ungesund gelten. Dies obwohl heute 20% der Schweizer Kinder übergewichtig sind, 5% davon krankhaft adipös. Gesundheitliche Schäden bei Kindern und Jugendlichen tragen die Betroffenen, deren Eltern und die Gesellschaft. Damit kollidiert der Präventionsauftrag der Schule mit Interessen von gewinnorientierten Unternehmen und führt zur Verwirrung bei Kindern und Jugendli-

chen infolge widersprüchlicher Botschaften. Die Volksschule hat im Laufe der Zeit von der Gesellschaft immer mehr präventive und kulturelle Aufgaben zugewiesen bekommen, ohne dass diese immer in einem Leistungsauftrag verankert worden wären. Lehrpersonen bemängeln die dadurch entstehende Überforderung des Schulsystems und beklagen, dass sie von Wirtschaft und Eltern mit diesen Zusatzaufgaben oft allein gelassen werden. Schulen und Lehrpersonen werden damit zu moralisierenden Zeigefinger-Instanzen und laufen Gefahr, in einem alltagsbezogenen Unterricht die Privatsphäre von Kindern, Jugendlichen und Eltern zu verletzen. Andererseits befürchten politische Parteien und Verbände eine Reduktion der Wirtschaftsfreiheit, eine Entmündigung der Eltern oder gar eine Verstaatlichung der Kindheit durch Überregulierungen. Fachleute betonen dagegen den Nutzen einer möglichst frühen Unterstützung der Kinder und Eltern durch die Bildungsinstitutionen. Sozialpolitiker und BildungsökonomInnen sehen in der Prävention auch eine Chance zur Kostenreduktion. Es gibt Tendenzen, dass sich die Schule auf die Vermittlung von testbarem Wissen fokussieren sollte. Ein derart reduzierter Auftrag wäre bedeutend einfacher und mit mehr Erfolgserlebnissen zu leisten, weil die Schule bei Problemen die Verantwortung an Eltern und Gesellschaft zurückgeben könnte. Die Frage stellt sich, was geschieht, wenn diese zurückgegebene Verantwortung nicht wahrgenommen wird.



# Thesen zur Diskussion

## 1. Prävention ist eine sinnvolle Investition

Die Wirtschaft anerkennt, dass die Schule einen gesellschaftlichen Präventionsauftrag übernommen hat. Dieser Aufwand bildet sich nicht direkt in guten Testleistungen ab, fördert hingegen die persönliche und soziale Entwicklung der späteren Staatsbürger, Arbeitnehmer/innen und Unternehmer/innen. Die späteren Kosten im Sozial-, Gesundheits- und Strafverfolgungsbereich werden dadurch gesenkt, was allen Beteiligten zu Gute kommt.

## 2. Prävention braucht Spielregeln

Variante A:

Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen muss der Staat in einzelnen Bereichen geeignete Massnahmen und Spielregeln beschliessen können und in die Wirtschaftsfreiheit eingreifen (z.B. Regulierung von Werbung) damit die Erziehungs- und Präventionsarbeit der Schule nicht ständig unterlaufen wird.

Variante B:

Die Schule soll sich auf das Erzielen von guten und messbaren Schulleistungen zurückziehen und die kulturellen, erzieherischen und präventiven Aufgaben den Eltern und der Gesellschaft zurückdelegieren. Kinder, die aus gesundheitlichen Gründen den Anforderungen für einen geordneten oder altersgemässen Unterricht nicht entsprechen, müssen in der Volksschule nicht mehr unterrichtet werden.

## Anhang zu Fragestellung 2:

**Die Beispiele für präventive, erzieherische und kulturelle Aufgaben, welche die Schule übernommen hat:**

### **a) Gesellschaftliche Prävention und Mitgestaltung**

Frühe Entwicklungsrückstände  
**Beratung, sichere/eigenständige Spielmöglichkeiten, Kitas**

Analphabetismus  
**Rechnen, Lesen, Schreiben, Medien-/ICT-Kompetenzen**

Gefährdungen körperlicher/seelischer Integrität (z.B. Internet-/Telefonsex)  
**Aufklärung**

Verarmung, Schuldenfalle  
**financial literacy, Casemanagement**

spätere Arbeitslosigkeit  
**Berufliche Integration, Übergang zum Berufsleben, Berufsberatung, Casemanagement**

Dropout, Absentismus, Verwahrlosung von der „Strasse“ fernhalten, Schulpflicht, Betreuungseinrichtungen

Absteigen der Schweizer Wirtschaft in untere Ligen, Standortwettbewerb  
**hochstehende Ausbildung**

Kulturelle und emotionale Verarmung  
**Musik, Gestalten, Literatur, Anlässe, Rituale, Räteleuchtliumzug, Weihnachtssingen, Musical- und Theateraufführungen,**

Verkauf von Pro Juventute-Marken und anderen Artikeln, etc.

Respektlose Kommunikation, Radikalismus, Sinnlosigkeit  
**Demokratietraining, (Vor-)Leben von Gender- und Menschenrechten, Gestalten von integrativen Settings, Werteerziehung, Religion & Ethik - Unterricht**

Gewalt, Mobbing, Bullying  
**Regeln, Strafen, Peacemaker Projekte, Gespräche, Training von sozialen Kompetenzen, Integration**

Beschädigungen, Vandalismus, Littering  
**Community building, Training von sozialer Verantwortung in der (Schul-)Gemeinschaft**

Übernutzung, Schädigung und Zerstörung von Lebensgrundlagen  
**BNE-Themen wie Abfallentsorgung, Altpapiersammlungen, Bachputzete, Energienutzung, Gifte, etc.**

Belastung des Gesundheitssystems  
**Körperliche Ertüchtigung, Zahn- und Gesundheitsprophylaxe**

Häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe, Missbrauch  
**Beobachtung, Anzeigen, Gespräche, Vertrauensaufbau**

Gefährdung der Rekrutierung für die Milizarmee  
**Körperliche Ertüchtigung**

## **b) Persönliche Prävention**

Bewegungsmangel, körperliche Fehlentwicklungen (20% der Kinder sind zu dick, 5% sind sehr dick)

**Programme für tägliche Bewegung, Turnen/Sport**

Zuviel Zucker und Fett

**Aufklärung, Gesunde Ernährung in Pausen und an Mittagstischen**

Karies, falsche Zahnstellungen

**Zahnprophylaxe, Schulzahnarzt**

Körperliche Krankheiten

**Gesundheitsinformationen, impfen, Schularzt**

Strassenunfälle

**Verkehrserziehung/Unfallverhütung, Schulwegsicherheit, Velofahren, Nothilfekurse**

Risiken in der Natur

**Schulreisen, Projekte, Lager, Schwimmunterricht, etc.**

Depression, Suizidgefährdung, psychische Krankheiten

**Schulpsychologie**

Frühe Schwangerschaften

**Verhütung, Sexualaufklärung**

Sucht, Drogen, Rauchen, Alkohol

**Kampagnen, Aufklärung, Regeln**



## Fragestellung 3: Karrieren im Beruf oder im Sozialamt?

### Talentsuche: Durchlässigkeit für alle oder Wettbewerb um die besten Plätze?

Wohin soll sich die Sekundarstufe II und die Tertiärstufe entwickeln? Wie können bis 2020 mehr als 95% der Jugendlichen mindestens einen Sek-II-Abschluss errei-

chen? Wie wird die höhere Berufsbildung aufgewertet? Wie steigt die (Berufs-, Fach-) Maturaquote? Wie erreichen wir eine ausreichende Zahl von Ausbildungsbetrieben in zukunftsfähigen Berufen (Gesundheit, Technik)? Wie werden von der Volksschule integrierte Kinder während der Berufslehre weiter unterstützt?





## Situation

Berufliche Vorentscheide fallen gemäss neuen Untersuchungen bereits in der Primarschule (u.a. für MINT oder Lehrer/in, etc.). Weibliche Jugendliche bevorzugen die Gymnasien und die FMS, männliche Jugendliche gehen eher den Weg der Berufsbildung und Berufsmaturität. Eltern reagieren zunehmend sensibel auf die grossen Unterschiede der Maturitätsquoten (inkl. Berufs- und Fachmatura) in den Kantonen und im Vergleich zum nahen Ausland. Seit zehn Jahren werden diverse Berufe neu auf Tertiärniveau ausgebildet, auch die Lehrpersonen, ohne dass deswegen die Maturaquoten entsprechend gestiegen wären. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen wird auf dem Niveau Sek II nicht konsequent weitergeführt, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Qualitativ gute Berufsausbildung ist in gewissen Branchen ein Kostenfaktor. Das Gewerbe kritisiert steigende gymnasiale Maturitätsquoten, verunmöglicht de facto aber oft eine berufsbegleitende Berufsmatura-Ausbildung während der Lehre. Die

Anzahl der Ausbildungsbetriebe ist von 33% im Jahr 1985 auf 16% im Jahr 2011 gesunken. Zukunftsweisende Berufe bilden zu wenig Fachpersonen aus. Regelmässig unterlaufen Betriebe die vereinbarten Termine für die Anwerbung von Lehrlingen. Jugendliche mit ausländischen Namen sind bei der Lehrstellensuche benachteiligt. Die Löhne in Berufen mit Berufslehre sind teilweise nicht existenzsichernd. Jugendliche ohne Abschluss sind massiv mehr von Arbeitslosigkeit und gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Der Fremdsprachunterricht an den Berufsschulen (insbesondere der Landessprachen) genügt nicht für heutige „citoyens“.

Die höhere Berufsbildung ist international zu wenig kompatibel und wird finanziell benachteiligt. Globale Unternehmen importieren Fachkräfte mit ausländischen FH-Titeln, die den inhaltlich oft gleichwertigen schweizerischen Abschlüssen der höheren Berufsbildung vorgezogen werden.



# Thesen zur Diskussion

## 1. Berufliche Grundausbildung stärken

- a. Ab 2020 erreichen pro Jahrgang mehr als 95% der Jugendlichen einen anerkannten Sek II-Abschluss.
- b. Die obligatorische Grundausbildung wird bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet, wie dies im EU-Raum vielerorts der Fall ist.
- c. Die gesamte Sekundarstufe II (Berufsbildung, Lehrbetriebe, Mittelschulen) führt die an der Volksschule begonnene Integration von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen weiter.
- d. Wirtschaftsverbände unterstützen die Organisation von Austauschprojekten für Lehrlinge in andere Sprachräume sowie von Berufserkundungen für die Primarschüler/innen.

## 2. Betriebliche Ausbildung attraktiv gestalten

- a. Das Angebot an Lehrstellen in der Berufsbildung bildet die aktuelle Nachfrage an Fachpersonen ab (u.a. mehr Lehrstellen für ICT und Gesundheit).
- b. Lehrbetriebe, welche die berufsbegleitende Berufsmatura verunmöglichen, werden als anerkannte Lehrbetriebe gestrichen.
- c. Betriebe, die weniger als fünf Ausbildungs- oder Praktikumsplätze pro 100 Mit-

arbeitende anbieten, bezahlen eine Abgabe, mit der andere Lehrbetriebe für ihre Mehrkosten entschädigt werden können (z.B. ICT, Gestaltung, Gesundheit).

d. Lehrstellenbewerbungen werden in der ersten Runde anonymisiert geprüft, um Benachteiligungen für Jugendliche mit nichtschweizerischen Namen zu vermeiden.

e. Die Arbeitgeberverbände unterstützen Massnahmen gegen die verfrühte Rekrutierung von Lehnanfängern.

f. Die tiefen Löhne in gewissen gewerblichen Berufen mit Abschluss Sekundarstufe II werden erhöht.

## 3. Mehr Markt und gleiche Spiesse für Maturität und Höhere Berufsbildung

a. Die Zugänge an Gymnasien, Berufsmaturitäts- und Fachmittelschulen werden mit einem überkantonalen Anforderungsprofil aufgrund von transparenten Kompetenzen geregelt. Die Maturaabschlüsse sind für 40-50% eines Jahrgangs erreichbar.

b. Die Abschlusszertifikate der Höheren Berufsbildung werden den internationalen Normen angeglichen. Die Tertiär-Ausbildungen werden finanziell gleichgestellt.



## Fragestellung 4: Frühe Bildung oder spätere Einzelförderung?

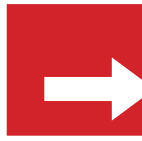
### Kosten für Kinderbetreuung oder für spezielle Förderung, Sozialwesen und Justiz?

Wie können wir die wissenschaftlich belegte positive Kostenbilanz für frühe Betreuung,

Bildung und Förderung nutzen? Wie können wir die familienergänzende Betreuung der Kinder definieren, finanzieren und fördern? Wie können fehlende Anregungen und mangelnder Spracherwerb schon früh kompensiert werden? Wie werden die Spiesse für die Kinder gleich lang?







## Situation

Studien zeigen, dass nur qualitativ gute frühe Förderung im Elternhaus oder in entsprechenden Einrichtungen spätere Kosten reduzieren und zu einer erfolgreichen Integration in Beruf und Gesellschaft beitragen. Diverse grosse Unternehmen setzen sich für eine gute frühe Betreuung und Tagesschulstrukturen ein, weil ihre Mitarbeitenden davon profitieren. Das bisherige Hin- und Herschieben der Verantwortung der Zuständigkeiten für die frühe Bildung und die familienergänzende Betreuung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, zwischen Staat, Wirtschaft und Eltern sowie zwischen unterschiedlichen Departementen führt zu Fehlanreizen und Unsicherheiten.

Global tätige Unternehmen importieren ihre Arbeitskräfte zunehmend aus dem Ausland. Kinder von „Expats“ besuchen oft private Schulen, welche nach angelsächsischen Curricula unterrichten und internationale Abschlüsse anbieten. Der lokale Bezug grosser Unternehmen und ihrer Mitarbeitenden ist damit wenig gegeben. Mindestens ein Viertel der Eltern von schulpflichtigen Kindern ist nicht stimmberechtigt, da sie anderen Nationalitäten angehören, in gewissen Schulkreisen sind es über 75%. Die Verschiebung des Durchschnittsalters in der Bevölkerung nach oben und die erhöhte Kinderlosigkeit führen zu veränderten gesellschaftlichen Prioritäten (gute Renten statt Schulbildung für Kinder). Die Schule verliert damit ihre selbstverständliche Stellung in der Gesellschaft zusehends.



# Thesen zur Diskussion

## **1. Familienergänzende Förderangebote anbieten**

Bund, Kantone und Gemeinden fördern familienexterne Betreuungsangebote, Wirtschaftsverbände und Berufsverbände der Lehrerschaft unterstützen ein quantitativ ausreichendes, bezahlbares und nach hohen Qualitätsstandards konzipiertes Förder- und Betreuungsangebot ab Geburt bis zum Ende der Volksschule. Dazu zählen auch Spielgruppen oder Tagesfamilien mit Qualitätslabel.

## **2. Investitionen in die Kleinsten auch in der Schule**

In der Eingangsstufe und in den ersten vier Schuljahrgängen werden die Kinder aus Klassen mit über 20 Lernenden in der Hälfte der Zeit in Halbklassen oder mit zwei Lehrpersonen im Teamteaching unterrichtet und gefördert.

## **3. Regelung der komplexen Zuständigkeiten**

Die Zuständigkeiten für die frühe Betreuung und die schulergänzende Betreuung werden unter Einhaltung der Kostenneutralität klarer geregelt. Bund, Kantone und Gemeinden einigen sich auf eindeutigere Zuständigkeiten. Der Bund regelt die minimalen Standards.

## **4. Lokales Engagement**

Die Wirtschaftsverbände fördern das lokale Engagement für Bildung und Betreuung insbesondere von international tätigen Unternehmen. Sie bieten Gefässe für gemeinschaftliche Aktivitäten von mehreren Unternehmen oder Branchen und unterstützen Stiftungen im Aufbau von Bildungslandschaften und frühen Möglichkeiten auf der Primarstufe zur Erkundung der Berufswelten.



## Fragestellung 5: Staat oder Privat?

**Private Eliteschulen und Förderung für Wohlhabende neben vernachlässigten öffentlichen Schuleinrichtungen für mittlere und untere Einkommensklassen – oder Volks-Schule?**

Welcher politische Konsens trägt das über 100-jährige Erfolgsmodell der staatlich finanzierten Schweizer Schulen in die

Zukunft? Wie kann die Schule mit reduzierten Bildungsausgaben ein qualitativ gutes, staatlich finanziertes Angebot für alle Kinder und Jugendliche bleiben? Wie vermeiden wir amerikanische Zustände mit Ranglisten, Tests, ungenügender Ausstattung, Schulschliessungen und anschliessender Privatisierung? Reicht für einen Teil der Jugend sogar nur ein Grundangebot in Rechnen, Lesen und Schreiben, wie das gewisse Kreise propagieren?





## Situation

Die Ausgaben für die öffentliche Bildung lagen seit 1990 konstant auf ca. 5-6% des Bruttoninlandprodukts BIP (heute ca. 30 Mia CHF) obwohl in dieser Zeit der Ausbau des Tertiärsystems vorangeschritten ist. Je nach Kanton geben viele Gemeinden die Hälfte ihres Budgets für die Volksschule aus. Die Volksschule beansprucht rund 50% der gesamten Schweizer Bildungsausgaben von CHF 30 Mia pro Jahr, die Sekundarstufe II 20%. Pro Schüler/in der Volksschule werden ca. CHF 20'000 ausgegeben, pro Schüler/in der Sekundarstufe II ca. CHF 22'500. Der grösste Teil der Bildungsausgaben fliesst in die Löhne, welche wiederum in die Wirtschaft zurück fließen. Wenn gespart wird, ist die Qualität betroffen. Und wenn die Schulqualität kein Vertrauen mehr genießt, bleiben die Kinder aus den oberen und mittleren Verdienstklassen weg.

Lohnentwicklungsstatistiken zeigen eine seit zwanzig Jahren laufende relative Lohnreduktion bei den Schweizer Lehrberufen. Niemand kann sich erinnern, je so viele Lehrpersonen demonstrierend auf der Strasse gesehen zu haben wie im vergangenen Jahr. Gespart wird bei der Schulsozialarbeit, bei den Lehrerlöhnen, bei den Lektionen, bei Zusatzangeboten und bei der Infrastruktur. Studierende an Hochschulen müssen ihre Ausbildung vermehrt selber finanzieren. Die Unternehmen optimieren ihre Steuern, dafür gewinnen Corporate Social Responsibility, wirtschaftsnahe Stiftungen, Vereine sowie Sponsoring an Bedeutung. Mit Geld von Unternehmen werden Schulprojekte, Lernmedien und Lehrstühle an Hochschu-

len finanziert. Darunter befinden sich auch millionenschwere Public Private Partnership (PPP) - Investitionen in die ICT-Infrastruktur der Schulen.

Der Druck auf eine freie Schulwahl steigt: Vorgeschlagen werden Bildungsgutscheine und neu auch Bildungskonten (z.B. Gewerbeverband Aargau 2010, Avenir Suisse 2013) oder direkt die freie Schulwahl (z.B. Maja Wanner, Grossrätin FDP/AG, Elternlobby). Internationale Schulen und private Schulunternehmen sind in der Schweiz zunehmend erfolgreich, auch wenn das GATS-Abkommen im Prinzip keine Öffnung im obligatorischen Bildungsbereich vorsieht. In Zürich und Zug nehmen die Schülerzahlen an International Schools zu. Häggenwil SG hat als erste Gemeinde der Schweiz eine Privatschule mit der Führung ihrer Volksschule beauftragt.

Leistungstests der Lehrbetriebe und Verbände zur Selektion von zukünftigen Lehrlingen haben vielerorts die Bedeutung der Zeugnisse reduziert. Auch Schweizer Hochschulen nutzen zunehmend Aufnahmetests. Schulen werden damit zu Trainingsanstalten für das Bestehen von standardisierten Tests und Aufnahmeprüfungen („teaching to the test“). Trotz PISA und dem geplanten nationalen Bildungsmonitoring steht mit flächendeckenden kantonalen Tests eine weitere Testwelle bevor, die dann trotz sehr ernüchternden Erfahrungen mit dem Testing in den USA und GB zum einem Schulranking führen könnte. Die Schule mutiert damit mehr und mehr zu einer Trainingsanstalt

für das Bestehen von Tests. Die übrigen Leistungen im Bereich Sozialkompetenzen, gesellschaftliche Integration und Demokratiefähigkeit geraten damit ausser Sichtweite. Aus Sicht der Schulen stellt sich die Frage, wie weit sie in ihren Bemühungen von den global tätigen Unternehmen und deren Vertretern für ihre Leistungen für die lokale Gesellschaft noch unterstützt werden.

Der strukturelle Mangel an Lehrpersonen bedroht die Qualität der Schule. Gute Bildung von Kindern benötigt neben fundierten Fachkenntnissen viel Beziehungsarbeit, gekonnte Organisation und Moderation von Lern- und Gruppenprozessen sowie individuell angepasste Lernunterstützung. Bis 2025 werden in der Schweiz ca. 30% der heutigen Lehrpersonen pensioniert. Ähnliche und höhere Zahlen erreichen uns aus dem Ausland. Jedoch steigen die Geburtenzahlen wieder. Die Anstellung von Quereinsteigern und ausländischen Lehrpersonen haben bisher einige Probleme überdecken können. Dennoch sind viele Stellen nicht mit dafür ausgebildeten Lehrpersonen besetzt. Die mit einem Bachelor abschliessende Ausbildung für Lehrpersonen an der Volksschule ohne weitere Entwicklungsmöglichkeiten ist zu kurz und vor allem für Männer zu wenig attraktiv. Finnland zeigt mit guten PISA-Resultaten, was gute Lehrer/innenbildung für die Schulqualität bewirken kann. Wir stehen auf Grund des Lehrpersonenmangels vor einer deutlichen Qualitätseinbusse. Viele Eltern investieren massiv in Förderangebote und Nachhilfe sowie in Musikunterricht und andere Betätigungen.

Vertrauen in die Professionalität der Schulen und Unternehmen kann nicht mit Tests oder einer fassadenhaften Corporate Governance hergestellt werden. Sätze wie: „Wir sind bestrebt, jederzeit integer, verantwortungsbewusst, fair, transparent und diskret zu handeln, um das Vertrauen sämtlicher Anspruchsgruppen zu sichern“ sind schneller gesagt als umgesetzt. Wie wird integres, verantwortungsbewusstes, faires, transparentes und diskretes Handeln gefördert? Vor allem Investitionen in die Professionalität der Mitarbeitenden wirken sich längerfristig positiv aus. Schulen und Unternehmen stehen am gleichen Ort: Sie müssen die richtigen Anreize schaffen für nachhaltige und verlässliche Arbeit, also eine sorgfältige Prozessgestaltung nach professionellen Standards.

**Fazit:**

**Wenn die öffentliche Volksschule weiter unter finanziellen Spardruck gesetzt wird, verlagert sich die Bildung noch zunehmend in den Privatbereich. Die Wirtschaft hat einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Zukunft der Schulen. Vor bald 200 Jahren wurde die Gründung von Volksschulen von einflussreichen einheimischen Unternehmern politisch unterstützt. Fällt diese Unterstützung durch das vermehrt global ausgerichtete und internationalen Aktionären verpflichtete Management und den internationalen Steuerwettbewerb nun weg?**



# Thesen zur Diskussion

## **1. Qualität statt sparen**

Schulen können sich ihren Standort und ihre Klientel nicht auswählen. Sparmassnahmen treffen Qualität und Leistungen von Schulen. Förderbeiträge aus der Wirtschaft können und dürfen den öffentlichen Aufwand und die demokratische Kontrolle nicht ersetzen.

## **2. Interne Qualitätssicherung statt Ranglisten mit künstlichem Wettbewerb**

Jedes Unternehmen kümmert sich selber um die Qualität. Sinnvoller als Ranglisten unter ungleichen Bedingungen sind von den Schulen selber durchgeführte, selbstverantwortete, transparente und von der Schulaufsicht überwachte Qualitätssicherungsmassnahmen.

## **3. Master für alle Lehrpersonen statt Lehrer-Lehre**

Auch Primarlehrpersonen erhalten eine praxisbezogene Grundausbildung mit Master-Abschluss. Damit sind sie in der Lage, ab Berufsbeginn anspruchsvolle Aufgaben zu übernehmen.

## **4. Gemeinsam Vertrauen aufbauen**

Branchenverbände arbeiten mit den Berufsverbänden der Lehrpersonen, dem Bund und der EDK zusammen an überprüfbaren Kompetenzprofilen für Berufe. Auf eigene Tests der Unternehmen und auf Checks wird verzichtet.

# Impressum

Der Schweizerische Bildungstag ist eine Veranstaltung der Schweizerischen Lehrerverbände LCH und SER

Veranstaltung 2013 im Kursaal Bern  
mit freundlicher Unterstützung von:

Premiumpartner:



IT-Partner:



Begleitung und Organisation:  
**LerNetz AG**  
**ProjektForum AG**



[www.bildungstag.ch](http://www.bildungstag.ch)